

Extreme gesellschaftliche Polarisierung : wirtschaftlich-soziale Entwicklung und Landesstreik

Autor(en): **Holenstein, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Historischer Verein des Kantons St. Gallen**

Band (Jahr): **154 (2014)**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-946187>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EXTREME GESELLSCHAFTLICHE POLARISIERUNG: WIRTSCHAFTLICH-SOZIALE ENTWICKLUNG UND LANDESSTREIK

Dieter Holenstein, St. Gallen

Im November 1918 erlebte die Schweiz die umfangreichste Arbeitsniederlegung ihrer Geschichte und gleichzeitig den massivsten innenpolitischen Konflikt seit der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848. Um zu verstehen, wie es zum Landesstreik kommen konnte und wie er verlief, ist es unerlässlich, zunächst die wirtschaftlich-soziale Entwicklung des Landes und des Kantons St. Gallen in den Jahren des Ersten Weltkriegs zu beleuchten.

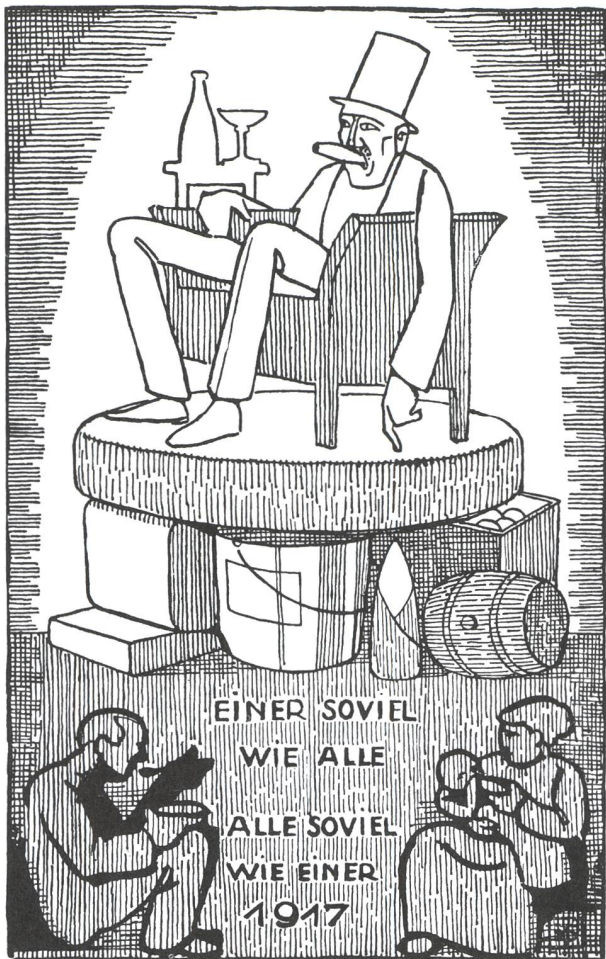
Als im Sommer 1914 der Krieg begann, konnte die Schweiz auf zweieinhalb Jahrzehnte kontinuierliches Wachstum der eigenen Wirtschaft zurückblicken, was eine sehr enge Verflechtung unseres Landes mit dem internationalen Markt mit sich brachte.¹ 1913 betrug die Exporte 1,38 Milliarden Franken oder 33 %, die Importe insgesamt gar 1,92 Milliarden Franken oder 46,1 % des Nettosozialproduktes, was einen seit 1887 nicht mehr erreichten Höhe-

punkt der Verflechtung mit der Weltwirtschaft bedeutete.² Pro Einwohner gerechnet stand die Schweiz bei den Maschinenausfuhren und als Investor weltweit sogar an der Spitze, die Textilindustrie steuerte wertmässig mit 48 % allerdings nach wie vor den grössten Anteil an die Exporte bei.³ Gleichzeitig war am Vorabend des Krieges die Unmöglichkeit jeglichen Autarkiestrebens offensichtlich, entfiel doch ein Drittel der Gesamtimporte allein auf Nahrungsmittel.⁴

Kriegsgewinne einerseits

Die enorme Auslandabhängigkeit sowie die völlig unzureichende Kriegsvorsorge, welche sich auf das Anlegen eines Getreidevorrates für lediglich knapp zwei Monate beschränkte, brachten die Schweiz ab Sommer 1914 in eine prekäre Lage.⁵ Innerhalb weniger Monate nach Kriegsausbruch sanken nämlich die Rohstofflieferungen um ein Sechstel, die Lebensmitteleinfuhren gar um ein Drittel.⁶ Auch wenn sich die Schweiz aus den militärischen Auseinandersetzungen herauszuhalten vermochte, bedeuteten der fehlende Zugang zu den Weltmeeren sowie die teilweise und nach dem Kriegseintritt Italiens 1915 sogar vollständige Einkreisung durch kriegführende Länder für sie eine ernsthafte Gefährdung ihrer Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung. Um Hunger und Arbeitslosigkeit zu vermeiden, blieb der Schweiz in dieser Situation nichts anders übrig, als sich mit den beiden Konfliktlagern zu arrangieren und sich in die wirtschaftliche Kriegsmaschinerie einspannen zu lassen.⁷ Roland Ruffieux bezeichnet die Schweiz in diesem Zusammenhang sogar als «protectorat à peine déguisé» der kriegführenden Mächte.⁸ Wesentlich zugute kam dem Lande in dieser Konstellation vor allem, dass es nicht einseitig auf Importe angewiesen war, sondern den Konfliktparteien wichtige Exportgüter zu bieten hatte. So zeigt denn die Physiognomie des Handels zwischen 1914 und 1918 – um mit Ruffieux zu sprechen – «l'étrange situation du pays neutre, contraint par les circonstances à tirer profit de la folie meurtrière de l'Europe».⁹ Allerdings gilt es diesbezüglich anzumerken, dass die Privatwirtschaft die Kriegssituation zum Teil hemmungslos ausnützte, wurde doch nicht selten versucht, die Konfliktparteien gegeneinander auszuspielen und wichtige Güter des einen Lagers mit beträchtlichem Gewinn dem andern Lager verarbeitet abzusetzen.¹⁰ Die

-
- 1 Vgl. z. B. Gruner, Erich: *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914*, Bd. 1, Zürich 1987, S. 87–105; Bergier, Jean-François: *Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. Auflage, Zürich 1990, S. 228–261; Ruffieux, Roland: *Die Schweiz des Freisinns (1848–1919)*, in: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel/Frankfurt a. M. 1986, S. 707–714.
 - 2 Jost, Hans Ulrich: *Bedrohung und Enge (1919–1945)*, in: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Basel/Frankfurt a. M. 1986, S. 732.
 - 3 Ruffieux: *Schweiz des Freisinns* (wie Anm. 1), S. 710, 712; Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 733.
 - 4 Ruffieux: *Schweiz des Freisinns* (wie Anm. 1), S. 709 f.; Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 733.
 - 5 Halbeisen, Patrick: *Wirtschaft und Politik*, in: *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, hg. von Patrick Halbeisen, Margrit Müller, Béatrice Veyrassat, Basel 2012, S. 997; Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 762.
 - 6 Ruffieux, Roland: *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne 1974, S. 25 f.; Bergier: *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz* (wie Anm. 1), S. 269.
 - 7 Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 26–31; Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 762 f.
 - 8 Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 29.
 - 9 Ebd., 27 f.
 - 10 Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 762.



Karikatur aus der «Arbeiterzeitung» vom 2. Juli 1917: drastische Gegenüberstellung von Kriegsnot und Kriegsgewinnlertum. Quelle: Gautschi: *Landesstreik*, S. 37.

Kriegskonjunktur erreichte ihren Höhepunkt 1916, als das Gesamthandelsvolumen rund 4,5 Milliarden Franken erreichte und somit um 40 % höher lag als 1913.¹¹ Einen beträchtlichen Aufschwung erlebten dabei vor allem die bereits vor dem Krieg dominierenden Exportzweige. So vermochte die Metallindustrie zwischen 1913 und 1917 ihre Ausfuhren von 372 auf 798 Millionen Franken zu steigern und damit mehr als zu verdoppeln, wobei allein die Munitionslieferungen zwischen 30 % und 38 % der jeweiligen Werte ausmachten. Die Textilindustrie erhöhte im gleichen Zeitraum ihre Exporte von 541 auf 751 Millionen Franken und legte damit um fast 40 % zu.¹²

Gerade in diesem für den Kanton St. Gallen besonders wichtigen Produktions- und Exportzweig verlief die Entwicklung ab 1914 aber recht turbulent. Hatte nämlich der Kriegsausbruch die Stickereiaufträge stark schrumpfen lassen, da der Handel mit Amerika ins Stocken geraten war und auch die Baumwolle nur noch schwer hatte beschafft werden können, so sorgten die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse nach einer längeren Übergangsphase

für eine markante Besserung der Lage: Nun konnten die Handelshäuser einfach bestickte Baumwollstoffe, die von den Zentralmächten als Verbandsmaterial dringend benötigt wurden, in grossen Mengen und mit beträchtlichen Gewinnen exportieren.¹³

Beträchtliche Profite machten neben den bereits genannten Branchen auch die Chemie- und die Nahrungsmittelindustrie sowie die Banken, welche dank lukrativer Kapitalgeschäfte allein 1917/1918 zusammengenommen 440 Millionen Franken Gewinn auswiesen.¹⁴ Zu den Nutzniessern des Krieges gehörten aber auch die Bauern, welche es unter der Führung ihres Verbandssekretärs Ernst Laur verstanden, die Verknappung der Lebensmittelimporte geschickt, ja teilweise skrupellos auszunützen und Preissteigerungen durchzusetzen.¹⁵ So lag der Reinertrag der schweizerischen Landwirtschaft 1917 um 88,7 % höher als das Mittel von 1914–1916 und sogar um 229 % höher als das Mittel von 1906–1913.¹⁶ Nicht zuletzt profitierte von der Kriegskonjunktur aber auch die öffentliche Hand. So stieg im Kanton St. Gallen der steuerpflichtige Reingewinn der anonymen Gesellschaften dank Exporten in die Krieg führenden Länder von 1915 bis 1918 massiv an, nämlich von 4 532 920 Franken auf 12 069 268 Franken, also beinahe auf den dreifachen Wert.¹⁷

Massenarmut andererseits

Ganz im Gegensatz zu den Kriegsprofiteuren hatte die grosse Mehrheit der Bevölkerung unter der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in den Konfliktjahren teilweise erheblich zu leiden. Dank des Interesses der umliegenden Staaten an der schweizerischen Produktion war die Rohstoffversorgung zwar im Wesentlichen gesichert, im Lebensmittelbereich, wo – wie oben dargestellt – ein beträchtlicher Teil des Bedarfs aus dem Ausland importiert

11 Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 28.

12 Ebd., S. 28 f.

13 Lemmenmeier, Max: *Krise, Klassenkampf und Krieg*, in: *St. Galler Geschichte 2003*, Bd. 7, St. Gallen 2003, S. 31.

14 Ebd., S. 36; Gautschi, Willi: *Der Landesstreik 1918*, 3. Auflage, Zürich 1988, S. 33. Zu den genauen Reingewinnen dieser Branchen zwischen 1914 und 1918 vgl. *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*, hg. von der Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, 3. Auflage, Zürich 1980, S. 158.

15 Gautschi: *Landesstreik* (wie Anm. 14), S. 35 f.; Nachimson, Meer: *Die Wirtschaftslage der Schweiz im Weltkriege*, hg. vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Bern 1917, S. 51–66.

16 Held, Franz: *Die ländliche Bodenverschuldung unter dem Einfluss der Kriegskonjunktur mit spezieller Berücksichtigung der Verhältnisse im Kanton Zug*, Zürich 1920, S. 36.

17 Lemmenmeier: *Krise, Klassenkampf und Krieg* (wie Anm. 13), S. 57.

Nahrungsmittel.		Ende 1913	Ende 1917	Juli 1918
Brot	Rg.	—,35	—,65	—,70
Mehl		—,40	—,75	—,85
Reis		—,40	—,90	1,05
Gries		—,40	1,35	1,50
Milch		—,20	—,32	—,37
Butter		3,—	6,50	8,—
Käse		2,25	3,75	5,—
Eier	Dkd.	1,10	4,75	5,50
Olivenöl		1,70	5,20	10,—
Kartoffeln	100 Rg.	8,—	25,—	60,—
Bohnen		—,35	1,50	2,50
Erbsen		—,40	2,—	3,50
Rüben		—,20	—,50	1,—
Grüne Gemüse		—,35	1,10	1,50
Zwetschgen		—,70	2,50	4,60
Kirschen		—,70	1,20	2,40
Lammfleisch		1,70	4,50	5,50
Kalbfleisch		1,90	5,40	8,—
Schweinefleisch		2,20	7,—	12,—
Schinken		3,50	7,—	16,—
Zucker		—,50	1,25	1,40
Kaffee		1,65	2,25	4,—

Drastische Verteuerung der Lebensmittel zwischen 1913 und 1918: Einige der Nahrungsmittelpreise sind annähernd um das Zehnfache gestiegen. Quelle: 80 Jahre Generalstreik, S. 11.

werden musste, gestaltete sich die Lage jedoch weit bedrohlicher. So erhöhte sich beispielsweise der Weizenpreis bis zum August 1916 gegenüber dem Durchschnittspreis von 1911–1913 um 100%.¹⁸ Die allgemeine Teuerung, welche sich in den ersten Monaten nach dem Kriegsausbruch nur leicht gesteigert hatte, betrug am 1. Dezember 1916 im Vergleich zum 1. Juli 1914 bereits 46,8%, wobei zwischen Stadt und Land keine wesentlichen Unterschiede bestanden, die West- und die Zentralschweiz im Vergleich zu den östlichen Landesteilen aber stärker betroffen waren.¹⁹ Eine weitere Verschärfung der Versorgungslage und damit auch der Teuerung brachte schliesslich der Unterseebootskrieg, sanken doch die Nahrungsmiteleinfuhren 1917 im Vergleich zu den Vorkriegsjahren auf 37,4%, während die Weizenimporte einen gar noch dramatischeren



Kriegsmobilmachung der Kavalleriekompanie 13 des Landsturms im August 1914 in Wil. Das Foto (Ganzansicht und Ausschnitt) entstand auf dem Gelände der Kantonalen Klinik (Ecke zwischen Haus 1 und Kapelle). Viele Einrückende ahnten nicht, dass der Krieg lange andauern und sie und ihre Familien in grosse materielle Not stürzen würde. Foto H. Tschopp, Wil. Quelle: Sammlung Politische Gemeinde Waldkirch (ortsgeschichtliche Sammlung).

Einbruch erlebten und allein zwischen 1916 und 1918 um 90% zurückgingen.²⁰

In Anbetracht dieser Entwicklungen sowie der praktischen Unmöglichkeit, die Importausfälle durch eine gesteigerte eigene Produktion auch nur einigermaßen auszugleichen,²¹ erstaunt es nicht, dass die Lebenskosten vor allem in der zweiten Kriegshälfte massiv anstiegen. Da die Schweizerische Nationalbank angesichts des nationalen Notstandes zudem bereit war, die durch den Krieg entstehenden bzw. steigenden Kosten zumindest teilweise mit der Notenpresse zu finanzieren, stieg der Lebenskostenindex 1914 bis 1918 von 100 auf 204 Punkte, also auf mehr als das Doppelte.²² Die Kostenentwicklung für Nahrungsmittel, Bekleidung, Heizung und Elektrizität lag dabei teilweise sogar wesentlich über dem Durchschnittswert.²³ Äusserst prekär war diese Entwicklung vor allem deshalb, weil die Löhne mit der Kostenexplosion in keiner Weise Schritt zu halten vermochten, nahm doch die Kaufkraft der Beschäftigten in der Schweiz zwischen 1913 und 1918 um 25% ab.²⁴

18 Nachimson: *Wirtschaftslage der Schweiz* (wie Anm. 15), S. 58 f.
 19 Lorenz, Jacob: *Die Kosten der Lebenshaltung in der Schweiz in den Jahren 1905–1916. Unter besonderer Berücksichtigung des Kriegseinflusses auf die Lebenskosten*, München/Leipzig 1917, S. 37, 61–64.
 20 Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 33.
 21 1917 waren lediglich noch 8% der bebaubaren Fläche des Landes verfügbar. Vgl. Ebd.
 22 Degen, Bernard: *Arbeit und Kapital*, in: *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, S. 886; Halbeisen, Patrick/Straumann, Tobias: *Die Wirtschaftspolitik im internationalen Kontext*, in: Ebd.: S. 997 f.
 23 Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 33.
 24 Guex, Sébastien: *Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik*, in: *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (wie Anm. 5), S. 1094.



Suppenküche am Harfenberg in St. Gallen, eine wichtige Einrichtung der Kriegsfürsorge. Quelle: St. Galler Schreib-Mappe für das Jahr 1919, St. Gallen 1918, S. 22.



Suppenabgabe am Harfenberg in St. Gallen. Gelegenheit für Arme, sich zu reduziertem Preis zu verpflegen. Quelle: St. Galler Schreib-Mappe für das Jahr 1919, St. Gallen 1918, S. 23.

Von der gravierenden Preis-Lohn-Entwicklung waren natürlich in erster Linie die Arbeiter, im Grunde genommen aber die Lohnbezüger überhaupt betroffen, welche schon vor dem Krieg rund drei Viertel der aktiven Bevölkerung ausgemacht hatten.²⁵ Ausserdem sind in diesem Zusammenhang auch die Soldaten zu nennen, die 1914 bis 1918 je nach Alter und Truppengattung durchschnittlich zwischen 250 und 600 Dienstage zu leisten hatten und dafür weder eine Verdienstaussfallentschädigung noch verbindliche Hilfen für ihre Familien in Anspruch nehmen konnten. Die symbolischen 80 Rappen Tagessold, die Ende 1914 ausbezahlt wurden, reichten gerade für drei kleine Gläser Bier und ein Päckchen Zigaretten.²⁶ So zählte man denn 1917 allein im Kanton Zürich 83 000 notstandsbedingte Personen, die behördlich unterstützt werden mussten, während in der Stadt selber 1918 täglich 4000 Kinder ein Gratis-Frühstück bezogen.²⁷ In der ganzen Schweiz betrug die Zahl der Notstandsberechtigten im Juni 1918 692 000 oder ein Sechstel der Gesamtbevölkerung²⁸, wobei die so genannte «Notstandshilfe» sehr mangelhaft gewesen sein muss. Fritz Marbach, späterer Nationalrat und Ökonomieprofessor in Bern und im Ersten Weltkrieg noch Student, bezeichnete sie als «soziale und psychologische Katastrophe».²⁹ An gleicher Stelle beschreibt Marbach auch sehr eindrücklich das bürokratische Prozedere, das jene, die sich um Unterstützung bewarben, über sich ergehen lassen mussten.

Der Kanton St. Gallen konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen, ganz im Gegenteil: Ende 1918 war nicht weniger als ein Drittel der hauptstädtischen Einwohnerschaft, nämlich 23 000 Personen, zum Bezug verbilligter Lebensmittel berechtigt, und in 42 Gemeinden gaben Volksküchen an die «minderbemittelte Bevölkerungsklasse» zu reduziertem Preis Suppe ab.³⁰ Allein in St. Gallen betrieben die von der Stadt unterhaltenen Suppenküchen fünf Koch- und fünfzehn Abgabestellen, an denen täglich



Kartoffelernte im St. Galler Oberland 1918, Phot. C. Ebinger St. Gallen. Quelle: St. Galler Schreibmappe für das Jahr 1918, St. Gallen 1917, zwischen den Seiten 48 und 49.

25 Zwischen 1860 und 1910 stieg der Anteil der Lohnempfänger an der aktiven Bevölkerung von 61 auf 73 %. Vgl. Ruffieux: *Schweiz des Freisinns* (wie Anm. 1), S. 716.

26 Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 765; Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 13–15.

27 Bericht des Regierungsrates an den zürcherischen Kantonsrat über die kriegswirtschaftlichen Massnahmen vom 8. November 1917 bis 31. Dezember 1918, Zürich 1919, S. 84 f.

28 Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 765 f.

29 Marbach, Fritz: *Der Generalstreik 1918. Fakten, Impressionen, Illusionen. Staat und Politik*, Bd. 8, Bern 1969, S. 34.

30 Mayer, Marcel: *Das erste Jahrzehnt von «Gross-St. Gallen»*. Stadtgeschichte 1918–1929, in: *Neujahrsblatt St. Gallen* 1996, S. 8; *Amtsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons St. Gallen 1918 (StaatsA St. Gallen)*, S. 38.



St. Gallen im Zeitalter des Mehranbaus: Der Ackerbau, bis 1914 im Umland der Stadt kaum mehr betrieben, wird sogar zum künstlerischen Sujet. Zeichnung von Oswald Saxer. Quelle: St. Galler Schreibmappe für das Jahr 1919, St. Gallen 1918, Umschlag Vorderseite (Ausschnitt).

bis zu 5000 Liter Suppe herausgegeben wurden.³¹ Die erst seit Januar 1918 rationierten Kartoffeln waren zudem in viel zu geringen Mengen verfügbar, als dass der Bevölkerung die festgelegten Rationen auch wirklich hätten abgegeben werden können. So ergab eine vom Bundesrat im Januar 1918 verordnete Bestandsaufnahme der vorhandenen Kartoffelvorräte für den Kanton St. Gallen einen Fehlbetrag von zehn Millionen Kilogramm.³² Da die eidgenössische Zentralstelle nur wenig Nachschub liefern konnte, war die Situation bis zur neuen Ernte geradezu trostlos.

Soziale Empörung der Arbeitnehmer

Die Arbeiterpresse publizierte in den Kriegsjahren immer wieder detaillierte Berichte und Belege zur materiellen Not der Bevölkerung und steigerte damit die Wut der be-

troffenen Schichten. Der christlichsoziale «Gewerkschafter» beispielsweise, der die Armut der Arbeiterschaft regelmässig zur Sprache brachte, veröffentlichte im Mai 1917 die Ergebnisse einer Preisstatistik des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, die zwischen Juni 1914 und März 1917 eine Erhöhung der Lebenskosten von 57,9% auswies. Im gleichen Artikel wurde dann bitter kommentiert: «Der Arbeiter weiss es, ja er fühlt es in wirksamer Weise genug, dass die Kosten für die Lebenshaltung von Monat zu Monat steigen und dass die Lage für die breiten Massen der Bevölkerung sich immer unhaltbarer gestaltet».³³ Auch fiel es der Arbeiterpresse nicht schwer, die sinkenden Reallöhne den glänzenden Gewinnen industrieller Betriebe gegenüberzustellen. Unter dem Titel «Dieweil wir hungern...» publizierte die sozialdemokratische «Berner Tagwacht» im Sommer 1917 die Geschäftsergebnisse einiger sehr rentabler Unternehmen.³⁴ Danach wies beispielsweise die Florettspinnerei Ringwald AG in Basel für das Geschäftsjahr 1916 einen fast dem Aktienkapital entsprechenden Reingewinn aus, was ihr die Auszahlung einer Dividende von 25% ermöglichte. Ähnliche Berichte erschienen aber auch im «Gewerkschafter». Unter dem Titel «Aufreizende Gewinne» machte er im Mai 1917 auf das Aluminiumwerk Neuhausen-Chippis aufmerksam, welches 1916 einen Reingewinn von 26 Millionen Franken zu verzeichnen hatte, und zwar bei einem Aktienkapital in gleicher Höhe.³⁵ Im Kommentar dazu hiess es dann: «Heute haben wir so recht die Zeit der grössten Gegensätze. Auf der einen Seite grosse, immer grösser werdende Not der breiten Massen der Bevölkerung und auf

31 Mayer: «Gross-St. Gallen» (wie Anm. 30), S. 8.

32 Ebd.; Lemmenmeier: *Krise, Klassenkampf und Krieg* (wie Anm. 13), S. 59.

33 *Gewerkschafter*, *Organ der christlichen Gewerkschaften der Schweiz*, Winterthur, 11.5.1917.

34 *Berner Tagwacht*, *Offizielles Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, Bern, 4.8.1917 und 6.8.1917. Willi Gautschi überprüfte die entsprechenden Angaben, soweit Geschäftsberichte vorhanden waren, und fand deren Richtigkeit bestätigt. Vgl. Gautschi: *Landesstreik* (wie Anm. 14), S. 33.

35 *Gewerkschafter* (wie Anm. 33), 4.5.1917.



Stilisierte Rationierungsmarken für den Kanton St. Gallen und die Monate Mai und Juni 1919. Ähnliche Marken zum Bezug von Lebensmitteln waren auch 1918 im Umlauf. Quelle: 1. August 1914–11. November 1918. *Erinnerungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Der Weltkrieg und seine Wirkungen auf den Lebensunterhalt.* Autor Diani Jacques, Locarno, Ticino. Graphische Kunstanstalten A. Trüb & Cie., Aarau-Lugano. Ausschnitt. Sammlung Politische Gemeinde Waldkirch (ortsgeschichtliche Sammlung).

der andern Seite Gewinne, Riesengewinne der Unternehmungen. Auf der einen Seite Not und Mangel am Notwendigsten zur Fristung des Lebens, auf der andern Seite geradezu Überfluss an Gütern, an Kapital. Eine Kapitalvermehrung, dass sie fast nicht mehr wissen, wohin mit dem Gelde».

Die äusserst polarisierende wirtschaftlich-soziale Entwicklung der Schweiz – immer grössere materielle Not einerseits, massiv steigende Kriegsgewinne andererseits – führten auf Arbeiter- und Angestelltenseite aber nicht nur zu unmissverständlichen Stellungnahmen der Gewerkschaften, sie schlug sich auch in einer massiven Zunahme der Arbeitskämpfe nieder. Gab es in der Schweiz von Kriegsbeginn bis Ende 1915 praktisch keine Streiks, so verzeichnete das Land im Jahr 1918 mit über 260 Streiks den bis anhin höchsten Wert in seiner Wirtschaftsgeschichte überhaupt.³⁶ Dass angesichts der dramatischen wirtschaftlich-sozialen Verwerfungen auch durchaus als bürgerlich einzustufende Berufsgruppen zum Kampfmittel der Arbeitsniederlegung griffen, zeigt ein Streik der Zürcher Bankangestellten im Herbst 1918.³⁷

Die Schuld für die dramatische Zuspitzung der sozialen Gegensätze im Verlaufe des Ersten Weltkrieges trug nicht zuletzt der Bundesrat, der die ihm vom Parlament übertragenen Vollmachten nur zögernd und ungenügend wahrnahm – auffallend ist der Unterschied zu den im Zweiten Weltkrieg getroffenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Massnahmen³⁸ – und dessen Versagen auf kriegswirtschaftlichem Gebiet nicht in Abrede gestellt werden kann.³⁹ Zwar rang sich die Landesregierung zu vereinzelt Massnahmen durch, so 1915 zur Monopolisierung der Getreideeinfuhr, aber im Allgemeinen rückte sie nur zögernd vom in ihren Augen altbewährten Prinzip des Freihandels ab. Die 1915/1916 eingeführte Kriegsgewinnsteuer brachte zwar Einiges ein, war in ihrem Umfang aber sehr bescheiden, liess überdies die Bauern ungeschoren und trug insgesamt nur unwesentlich dazu bei, die Staatsverschuldung, welche beim Waffenstillstand 1918 schliesslich weit über 5 Milliarden Franken betrug, zu reduzieren.⁴⁰ Zudem wurden die wichtigsten Lebensmit-

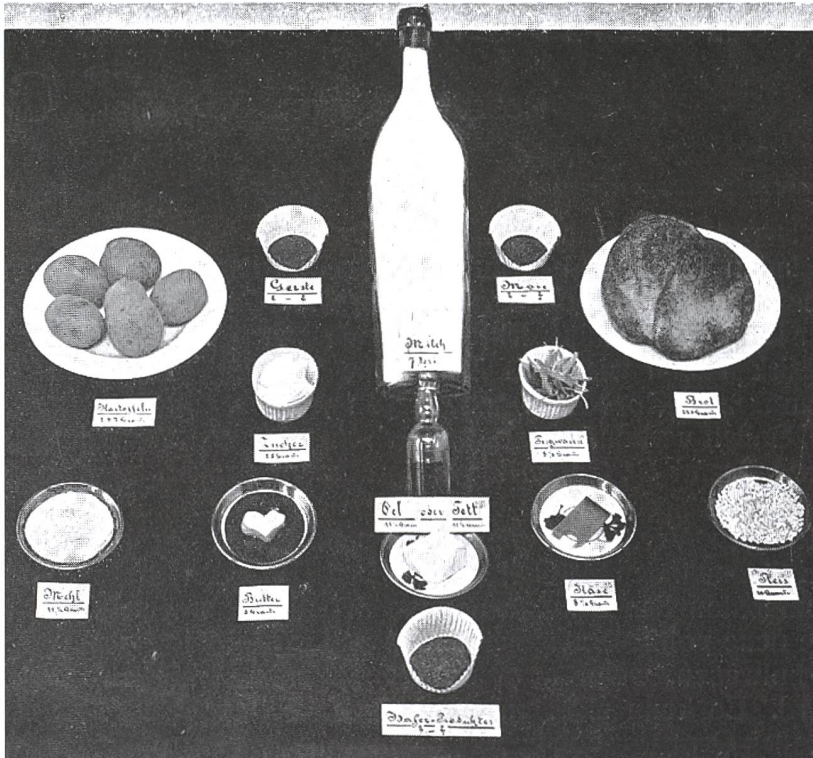
36 Degen: *Arbeit und Kapital* (wie Anm. 22), S. 886–888; Holenstein, Dieter: *Die Christlichsozialen der Schweiz im Ersten Weltkrieg, Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz*, hg. von Urs Altermatt, Bd. 12, Freiburg 1993, S. 182.

37 Degen: *Arbeit und Kapital* (wie Anm. 36), S. 887.

38 Vgl. z. B. Rossier, Jean: *Untersuchungen über die Sozialgesetzgebung zweier Kriegs- und Nachkriegszeiten*, Neapel 1959.

39 Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 748, 762 f.; Gautschi: *Landesstreik* (wie Anm. 14), S. 38–40; Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 26, 31–36; Bergier: *Wirtschaftsgeschichte* (wie Anm. 1), S. 269 f.

40 Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 35.



«Unsere Tagesration während des Kriegsjahres 1918»: Kartoffeln, Mehl, Gerste, Zucker, Butter, Milch, Öl/Fett, Hafer-Produkte, Mais, Teigwaren, Käse, Brot, Reis und Weiteres. Nicht die gesamten dargestellten Mengen standen täglich pro Person zur Verfügung, sondern von jedem beschrifteten Nahrungsmittel jeweils nur die dabei angegebene bescheidene Grammmenge, z. B. bei Käse knapp 10 Gramm. Quelle: St. Galler Schreibmappe für das Jahr 1919, St. Gallen 1918, S. 13 (Foto der Schaufensterauslage der Comestibles-Firma Gross).



Robert Grimm (1881–1958), treibende Kraft und Präsident des Oltener Aktionskomitees, Nationalrat seit 1911. Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Grimm (Abruf: 15. Januar 2014).

tel erst im dritten und vierten Kriegsjahr rationiert, so z. B. das Brot am 1. Oktober 1917 und die Milch am 1. Juli 1918, und auch die Schaffung des Eidgenössischen Ernährungsamtes erfolgte erst im August 1918.⁴¹ Schliesslich ergriff der Bundesrat auch in Bezug auf die Kontrolle der Arbeitsbedingungen keine wirksamen Massnahmen, im Gegenteil: Das Fabrikgesetz, weitaus wichtigstes Instrument des Arbeiterschutzes auf Bundesebene, wurde bei Kriegsausbruch weitgehend ausser Kraft gesetzt, die Arbeiter damit praktisch der Willkür der Unternehmer ausgeliefert.⁴²

41 Gautschi: *Landesstreik* (wie Anm. 14), S. 39 f.; Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 34.

42 Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 748. Zur Ausarbeitung und Anwendung des Fabrikgesetzes vor dem Krieg vgl. Gruner: *Arbeiterschaft und Wirtschaft* (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 447–455.

43 Vgl. z.B. Gautschi: *Landesstreik* (wie Anm. 14); Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 768–770; Schmid-Ammann, Paul: *Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen. Sein Verlauf. Seine Folgen*, Zürich 1968; Vuilleumier, Marc u. a.: *La Grève générale de 1918 en Suisse*, Collection Histoire, Bd. 2, Genf 1977; Marbach: *Generalstreik 1918* (wie Anm. 29); Holenstein: *Die Christlichsozialen im Ersten Weltkrieg* (wie Anm. 36), S. 277–336; Ruffieux: *L'entre-deux-guerres* (wie Anm. 6), S. 50–72.

Der Weg zum Landesstreik

Die landesweite Arbeitsniederlegung vom November 1918 in der Schweiz gesamthaft zu untersuchen, erübrigt sich heute weitgehend, ist der Konflikt doch in mehreren Studien – insbesondere im Standardwerk Willi Gautschis – fundiert dargestellt worden.⁴³

Zahlreiche zeitgenössische Stimmen interpretierten den Landesstreik 1918 als kommunistischen Revolutionsversuch, und in einem Teil der Geschichtsschreibung hat sich dieses Bild über viele Jahrzehnte erhalten. In der Tat ist festzuhalten, dass eine Minderheit der organisierten Arbeiterschaft – insbesondere die sozialdemokratische Linke, die sich später zum Teil der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei der Schweiz anschloss – den Massenstreik durchaus als Mittel des politischen Umsturzes verstand. Zudem erhöhten im Herbst 1918 besonders der Jahrestag der Russischen Revolution und die Entwicklung in Deutschland, wo am 9. November der Kaiser abdankte und in etlichen Städten Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht zu kommen versuchten, auch in der Schweiz die politische Nervosität. Diese Sachverhalte ändern allerdings nichts daran, dass der Landesstreik 1918 in

seiner Hauptstosskraft als nichtrevolutionäre, durch die dramatische wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz in den Kriegsjahren bewirkte soziale Explosion zu sehen ist.⁴⁴ Darüber besteht in der Forschung seit langem weitestgehender Konsens. Die wachsende materielle Not und der sich gleichzeitig vertiefende soziale Graben während der Kriegsjahre hatten auf Seiten der Arbeiterschaft schon vor dem Landesstreik eine zunehmende Kampfbereitschaft zur Folge, die sich – wie oben dargestellt – vor allem in immer zahlreicheren Arbeitsniederlegungen zeigte. Zudem lehnte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die militärische Landesverteidigung 1917 aus Protest mit klarem Mehr ab, nachdem sie 1914 die Mobilisationskredite noch mitgetragen hatte.⁴⁵ Im Frühjahr 1918 gründete

dann die Parteiführung zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund einen gemeinsamen Handlungsausschuss, das «Oltener Aktionskomitee», das in der Folge unter Leitung des Berner Nationalrates Robert Grimm wiederholt mit einem landesweiten Generalstreik drohte.⁴⁶

Die Kraftprobe

Schliesslich brachte im Herbst ein umstrittenes, von General Ulrich Wille im Hinblick auf die Jahresfeier der Russischen Revolution durchgesetztes vorsorgliches Truppenaufgebot des Bundesrates zur Sicherung von Ruhe und Ordnung in Zürich das Fass zum Überlaufen. Als Reaktion darauf rief das Oltener Aktionskomitee zunächst einen eintägigen Proteststreik in den grössten Industrieorten und anschliessend auf den 12. November 1918 den unbefristeten Landesstreik aus. Den Abbruch der Aktion machte es von der Erfüllung von neun Forderungen abhängig, darunter die Einführung einer AHV, der 48-Stundenwoche sowie des Frauenstimmrechts und der Wahl des Nationalrats nach dem Proporzsystem.

Die Streikparole wurde in den Industrieregionen der Deutschschweiz stärker befolgt als in ländlichen Gebieten, der Westschweiz und dem Tessin. Auch zwischen den Branchen gab es grosse Unterschiede, konzentrierten sich die rund 250 000 Streikenden doch vor allem auf Metall-, Maschinenindustrie und Transportwesen. Ihnen gegenüber standen landesweit 100 000 zur Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität aufgebotene Soldaten.⁴⁷ Wie spannungsgeladen und gefährlich das Aufeinandertreffen von Streikenden und Soldaten mindestens auf lokaler Ebene sein konnte, veranschaulichen die beiden gravierendsten Vorfälle in den Konflikttagen.⁴⁸ So wurden in Zürich durch abgelenkte Projektile von Truppen, die beim Auflösen einer Demonstration und der damit verbundenen Räumung des Münsterplatzes gegen den Boden schossen, vier Personen verletzt und ein Soldat durch einen Schuss von unbekannter Seite getötet. In Grenchen rissen Demonstranten Eisenbahnschienen auf, um die Wiederaufnahme des Bahnbetriebes zu verhindern, worauf die eingesetzten Truppen, von den Streikenden verhöhnt, das Feuer eröffneten. Schreckliche Bilanz: drei Tote und mehrere Verletzte.

An das arbeitende Volk der Schweiz!

Mit unerwarteter Bucht und seltener Geschlossenheit hat die Arbeiterschaft seit aller größten Städte des Landes durch einen 24stündigen Streik gegen die provokierenden Truppenaufgebote des Bundesrates protestiert. Das Oltener Aktionskomitee, die legitime Vertretung der schweizerischen Arbeiterorganisationen, hat im Anschluss an den glänzenden Proteststreik die sofortige Zurückziehung der Truppen verlangt.

Dieses Verlangen ist vom Bundesrat abgelehnt worden. In der großen Zeit, da im Auslande der demokratische und freigeistliche Gedanke triumphiert, in dem geschichtlichen Augenblicke, da in den bisher monarchischen Staaten Thronen manken und Kronen über die Straßen rollen, in dem feierlichen Momente, da die Völker Europas aus einer Nacht des Grauens und des Schreckens erwachen und selbsttätig ihr eigen Geschick schmieden, heisst sich der Bundesrat: der „ältesten Demokratie Europas“ die wenigen Freiheiten des Landes zu erwürgen, den Belagerungszustand zu verhängen und das Volk unter die Fuchtel der Majorität und Majoritätsentscheide zu stellen.

Wie solche Regierung benehmt, das ist unfähig ist, der Zeit und ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. Unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung, die innere und äussere Sicherheit des Landes zu schützen, setzt sie Ruhe und Ordnung, die innere und äussere Sicherheit des Landes selbst aufs Spiel. In einer ihr nicht zukommenden Annahme gibt sie sich als eine Regierung der Demokratie und des Volkes. In Wahrheit haben Demokratie und Volk in der denkwürdigen Abstimmung vom 13. Oktober den gegenwärtigen verantwortlichen Behörden des Landes das Vertrauen entzogen.

Diese Behörden haben das Recht vermisst, im Namen des Volkes und der Demokratie zu sprechen, von denen sie desamuiert worden sind. Sie haben das Recht vermisst, das Schicksal eines Volkes zu bestimmen, das ihrer Politik die Zustimmung verweigert. Jetzt ist der Augenblick gekommen, da das wertvolle Volk einen entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des Staatlebens zu nehmen hat.

Wir fordern die ungeschämte Umbildung der bestehenden Landesregierung unter Anpassung an den vorhandenen Volkswillen. Wir fordern, dass die neue Regierung sich auf folgendes Minimumprogramm verpflichtet:

1. Sofortige Renouveau des Nationalrates auf Grundlage des Proporzgesetzes.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittellieferung im Einklang mit den landwirtschaftlichen Bedürfnissen.
7. Festschreibung der Sozialversicherung.
8. Streikinterdikt für Import und Export.
9. Freigabe aller Staatsgewalten durch die Behörden.

Dieses Programm bedarf keiner weiteren Begründung. Es ist das Minimum dessen, was das wertvolle Volk zu verlangen berechtigt ist.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass auf dem Wege der Verhandlungen wirksame Zugeständnisse von den Behörden nicht zu erlangen sind. Sie haben Verständnis für das Interesse der Betroffenen, sie schonen die Streiktreiber und Spekulanten und verlangen dem arbeitenden Volke den Schutz. Das Volk muss sich selber helfen, will es nicht weiterhinden werden und Mächtigen ausgereicht werden.

Aus diesem Grunde haben die unterzeichneten Organisationsleitungen einstimmig und nach reiflicher Erwägung der innern und äusseren Lage die

Übergangung des allgemeinen Landesstreiks

befehlossen. Der Streik beginnt Montag den 11. November 1918, nachts 12 Uhr. Er soll die Arbeiter und Arbeiterinnen aller öffentlichen und privaten Unternehmungen aller Landesgegenden umfassen. Nachdem der Bundesrat die in dem befristeten Streik vom 9. November entlassene Warnung mit neuen Voraussetzungen beantwortete, ist der allgemeine Landesstreik bis zur Erfüllung unserer Forderungen fortzusetzen. Der Streik ist erst abzubrechen, wenn die unterzeichneten Organisationsleitungen es verlangen.

Arbeiter!

Wir zählen auf euch! Wir erwarten, dass ihr unseren Kampf, der die arbeitenden Massen einer glücklicheren Zukunft entgegenführen soll, mit reiflicher Eingabe unterstützen. Lange genug habt ihr euch von der herrschenden Klasse narren und mit Wetteibreden abspülen lassen. Nun muss die Langmut ein Ende nehmen, jetzt habt ihr entschlossen, im offenen Kampfe, wenn anders es nicht geht, für eure Interessen einzustehen.

Wehrmänner!

An euch werden die Herrschenden appellieren, das gegenwärtige Regime mit Waffengewalt zu schützen. Euch mutet man zu, auf die eigenen Landesherren zu schießen, vor dem Worte an eurer eigenen Frau, euren eigenen Kindern nicht zurückzutreten. Ihr werdet das verweigern. Ihr werdet nicht zum Henker an den eigenen Angehörigen und Volksgenossen werden. Zur Vermeidung blutiger Konflikte fordern wir euch auf, in allen mobilisierten Einheiten Soldatenräte zu bilden, die im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen ihre Maßnahmen treffen.

Aufruf des Oltener Aktionskomitees, der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion zum unbefristeten Landesstreik vom 11. November 1918. Staatsarchiv Zürich. Quelle: Gautschi: Landesstreik, S. 281.

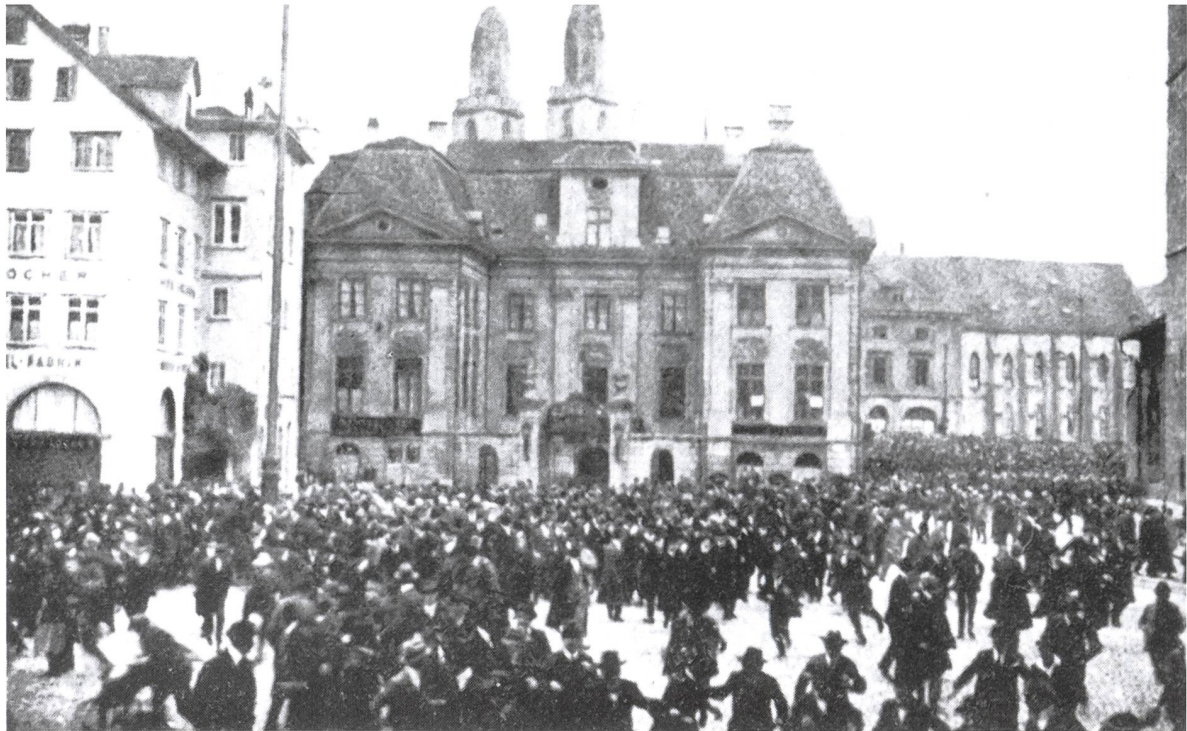
44 Gautschi: Landesstreik (wie Anm. 14), S. 380–384.

45 Ebd., S. 43–85; Jost: Bedrohung und Enge (wie Anm. 2), S. 766 f.

46 Gautschi: Landesstreik (wie Anm. 14), S. 86–171.

47 Ebd.: S. 276–301.

48 Ebd., S. 262–264, 328.



Demonstration am ersten Jahrestag der Russischen Revolution auf dem Fraumünsterplatz in Zürich am 10. November 1918, nachmittags. Im Hintergrund rechts schießt die aufmarschierte Truppe (Füs. Bat. 42) in die Luft, im Vordergrund beginnt die Menge zu flüchten. Quelle: Gautschi: Landesstreik, zwischen den Seiten 256 und 257.

Da der Bundesrat von Anfang an jegliche Konzessionen gegenüber den Streikenden ablehnte und zudem dank Militäreinsatzes einen beschränkten Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten vermochte, rangen sich die sozialdemokratischen Spitzengremien schliesslich zum bedingungslosen Streikabbruch auf den 14. November um 24 Uhr durch. Dies nicht zuletzt auch, um eine für die Arbeiterschaft fatale militärische Konfrontation mit der Armee zu verhindern. So ging die bis anhin grösste Arbeitsniederlegung der Schweizer Geschichte ohne weitere ernsthafte Zwischenfälle zu Ende.

Als direkte politische Folge des Landesstreiks war eine zunehmende Polarisierung zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie festzustellen, die erst durch die Bedrohung des Faschismus in den 1930er-Jahren langsam abgebaut werden konnte. In der Sozialpolitik hingegen bestand zunächst ein Konsens bezüglich notwendiger Reformen, der immerhin die Einführung der 48-Stunden-Woche und die Vorarbeiten für einen AHV-Verfassungsartikel ermög-

lichte.⁴⁹ Bis zur tatsächlichen Einführung der AHV dauerte es dann aber noch fast dreissig Jahre, nämlich bis 1947.

Der Streikverlauf im Kanton St. Gallen

Der Generalstreik 1918 fand, getragen von verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – örtliche Arbeiterunionen, Gewerkschaften und Parteien –, auch im Kanton St. Gallen ein nachhaltiges Echo. Allerdings ist es schwierig, sich ein genaues Bild von den Ereignissen zu machen, sind doch die vorliegenden Quellen, was nicht überrascht, teils widersprüchlich. Einen wichtigen indirekten Hinweis auf einen grösstenteils friedlichen Verlauf liefern die Protokolle des Regierungsrates, ist in ihnen doch von Ausschreitungen oder Gewalttätigkeiten nicht die Rede, ebenso wenig im zusammenfassenden Bericht des Polizeiinspektorates St. Gallen, wo zudem vermerkt wird, der Streik habe mancherorts erst mit Verspätung begonnen und insgesamt nur bescheidene Ausmasse erreicht.⁵⁰

Unbestritten ist, dass die Sozialdemokratische Partei und die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften den Landesstreik befürworteten. Die Christlichsozialen, für die der Kanton St. Gallen nach wie vor die gesamtschweizerische Bewegungshochburg

⁴⁹ Ebd., S. 362–379; Jost: *Bedrohung und Enge* (wie Anm. 2), S. 769.

⁵⁰ Protokoll des Regierungsrates des Kantons St. Gallen 1918 (StaatsA St. Gallen); Polizeiinspektorat St. Gallen: *Bericht über die Ereignisse und polizeilichen Massnahmen während des Landesstreiks in St. Gallen, StadtA St. Gallen.*

Mitbürger!

Das christlichsoziale Volk protestiert
mit der ruhig denkenden Bürgerschaft
gegen den Generalstreik

weil er – eine rechtsgerichtete Gewalt – Unlust, Aufruhr und Elend über Land und Volk heraufbeschwört

Auch wir verlangen
– aber auf legalem Wege – ebenso entschieden als entschlossen, dass
sofort die Durchführung
der notwendigen sozialen und politischen Reformen erfolge. Deshalb haben wir von Bundesrat und Bundesversammlung telegraphisch die Erfüllung
unserer Forderungen
verlangt, welche lauten:

1. **Totalrevision der schweizer. Bundesverfassung.**
2. **Neuwahl des Nationalrates nach Proport.**
3. **Wahl des Bundesrates durch das Volk.**
4. **Durchgreifende Reform der gesamten Bundesverwaltung.**
5. **Umgestaltung der schweizerischen Armee zu einem Volksheer.**
6. **Alters- und invalidenversicherung des Schweizervolkes.**
7. **Existenzsicherung des arbeitenden Volkes, ansehnliche Lohnerhöhung – Mindestlöhne – Schaffung von Lohnämtern.**
8. **Einführung des Achtstundentages, unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der schweizer. Volkswirtschaft.**
9. **Staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens.**
10. **Deckung der Kriegsschulden durch das Grossvermögen und Grosseinkommen.**

Freunde der Ordnung u. Demokratie!
demonstriert mit der Arbeit und mit Euern Bürgerrechten für die Erfüllung dieser Volksforderungen.

Das christlichsoziale Aktionskomitee.

Flugblatt der Christlichsozialen gegen den Generalstreik, aber für Reformen, 1918. Quelle: 80 Jahre Generalstreik, S. 34.

darstellte und die Ende 1918 in ihren St. Galler Arbeiter- und Arbeiterinnenvereinen über 10 000 Mitglieder zählten, dazu noch einige Tausend in den Gewerkschaften, betrachteten den Landesstreik hingegen als revolutionären Umsturzversuch und lehnten ihn deshalb ab, stellten aber bei Streikbeginn ebenfalls einen Forderungskatalog auf, der unter anderem – wie auf sozialdemokratischer Seite – die Schaffung einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie die Einführung des Achtstundentages beinhaltete.⁵¹

St. Gallen

Was die Kantonshauptstadt betrifft, ist ebenfalls unstrittig, dass der Eisenbahn- und Tramverkehr praktisch vollständig lahmgelegt wurde, ebenso der Betrieb der Drahtseilbahn Mühleck.⁵² So war am 12. November keine Zugsaus- oder -einfahrt vom und zum Hauptbahnhof

St. Gallen zu verzeichnen, und am folgenden Tag erreichten ihn lediglich «ein von Ingenieuren geführter und militärisch gedeckter Güterzug»⁵³ sowie zwei Militäzüge mit für die Gallusstadt bestimmten Truppen. Erst am Nachmittag bzw. Abend des 14. November nahmen Bahn und Tram ihren Betrieb wieder in vollem Umfang auf. – Ebenfalls in hohem Masse wurde die Streikparole offensichtlich auch von den Druckereiarbeitern befolgt, konnte doch die gesamte bürgerliche Presse, d. h. das freisinnige «Tagblatt», die katholisch-konservative «Ostschweiz» sowie der den Demokraten nahestehende «Stadtanzeiger» während der Streiktage nicht erscheinen.

Ist die Quellenlage bezüglich öffentlichen Verkehrs und Druckereibetriebs eindeutig, so gehen die zeitgenössischen Meinungen über das Ausmass der Arbeitsniederlegung in der Privatindustrie und insbesondere im immer noch wichtigsten St. Galler Wirtschaftszweig, der Stickerei, auseinander. Während beispielsweise der liberale August Steinmann meinte, «in den Stickereigeschäften» werde «sozusagen überall gearbeitet»⁵⁴, war in der selbstverständlich nicht bestreikten sozialdemokratischen «Volksstimme» am 13. November zu lesen, «auch viele Stickereigeschäfte» seien geschlossen oder hätten «stark reduzierten Betrieb». Einen Hinweis darauf, dass die Streikparole durchaus auch in Betrieben der Privatindustrie befolgt wurde, liefern nicht zuletzt behördliche Quellen, in denen auffällt, wie viele Leute in den entsprechenden Tagen Zeit hatten, sich auf der Strasse aufzuhalten und folglich nicht arbeiteten. So fanden laut zusammenfassendem Bericht des Polizeiinspektorates St. Gallen vor allem an den ersten beiden Streiktagen vor 39 Unternehmen mit Arbeitswilligen «Demonstrationen in der Stärke von 20, 50 bis zu mehreren Tausenden von Streikenden» statt. Hauptsächlich bei Geschäftsbeginn und Geschäftsschluss hätten Streikende versucht, «die Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten, sei es durch Überreden, Auspfeifen, Aushöhen, Beschimpfungen, Versperren der Wege usw»⁵⁵.

51 Holenstein: Die Christlichsozialen im Ersten Weltkrieg (wie Anm. 36), S. 123–126, 277–336; Holenstein, Dieter: Die Christlichsozialen – mehr lagertreu als solidarisch?, in: 80 Jahre Generalstreik 1918–1998, hg. vom Kantonalen Gewerkschaftsbund St. Gallen, St. Gallen 1998, S. 31–35.

52 Zum Streikverlauf in der Stadt St. Gallen vgl. v. a. Mayer: «Gross-St. Gallen», S. 9–11; Mayer, Marcel: Der Generalstreik in St. Gallen: Krise, Krankheit, Arbeitskampf, in: 80 Jahre Generalstreik 1918–1998., hg. vom Kantonalen Gewerkschaftsbund St. Gallen, St. Gallen 1998, S. 15–20; Holenstein, Dieter: Die bewegten Tage des Landesstreiks von 1918, in: Sankt-Galler Geschichte 2003, Bd. 7, S. 62 f.; Holenstein, Die Christlichsozialen im Ersten Weltkrieg (wie Anm. 36), S. 317–324.

53 Chronik 1918, in: Neujahrsblatt des Historischen Vereins des Kantons St. Gallen 1919, St. Gallen 1919, S. 95.

54 Ebd.

55 Polizeiinspektorat St. Gallen: Landesstreikbericht (wie Anm. 50), S. 4.

DER GENERAL-STREIK

(AUS DEM SKIZZENHEFT EINES MOBILISIERTEN ST. GALLER LANDSTURMKORPORALS)

DER GRIMMIGE „BOLSCHEWIKI“ TOBT DURCH DAS SCHWEIZERLAND,



ABER DÄ TAPFERE ST. GALLER LANDSTURMMAA ISCHT DA!



„CHOM NO, I FÖRCHT DI NÖD ... DU PLATTHUFIGER!“

Karikatur zum Generalstreik 1918. Quelle: St. Galler Schreibmappe für das Jahr 1919, St. Gallen 1918, zwischen den Seiten 28 und 29.

Zur Unterstützung der örtlichen Polizei und für den Fall einer gewaltsamen Niederschlagung des Generalstreiks wurden laut erwähntem Polizeibericht nach und nach Truppen nach St. Gallen entsandt, so dass schliesslich vier Bataillone – das Landsturmbat 74, das Landwehrbat 160, das Schützenbat 8 und das Füsilierbat 85 – in der Gesamtstärke von ca. 2000 Mann in der Stadt stationiert waren.⁵⁶ Polizei und Militär hatten die Anweisung, Menschenansammlungen auf den Strassen aufzulösen. Auch wurden mehrere Streikende verhaftet, so 41 Eisenbahner und ein «Volksstimme»-Redaktor, die allerdings in der gleichen Woche wieder aus der Haft entlassen wurden.

56 Ebd., S. 2; Gautschi: Landesstreik (wie Anm. 14), S. 395.

57 Polizeiinspektorat St. Gallen: Landesstreikbericht (wie Anm. 50), S. 15; Protokolle des Regierungsrates des Kantons St. Gallen, November/Dezember 1918 (StaatsA St. Gallen).

58 Polizeiinspektorat St. Gallen: Landesstreikbericht (wie Anm. 50).

59 Volksstimme, 16.11.1918.

60 Bericht des Bezirksamtes Rorschach an die Staatsanwaltschaft St. Gallen vom Januar 1919, Privatarchiv Louis Specker, Rorschach.

Trotz starker Truppenpräsenz und trotz reger Anteilnahme eines grossen Teils der Bevölkerung für oder gegen den Generalstreik kam es in St. Gallen im Gegensatz zu Zürich und Grenchen zu keinem Blutvergiessen, ja offensichtlich nicht einmal zu Tötlichkeiten.⁵⁷ Zu verdanken war dieser Umstand einerseits der besonnenen Streikleitung, die sich aus dem Lehrer und späteren Stadtrat Emil Hardegger, dem angesehenen Juristen Adolf Sennhauser und Gewerkschaftssekretär Kipper zusammensetzte⁵⁸ und der es offensichtlich gelang, die Streikenden von Ausschreitungen abzuhalten. Andererseits verstanden es aber offensichtlich auch die Vertreter der staatlichen Autorität, allen voran Polizei und Militär, durch eine gemässigte Haltung die Gefahr von Gewalttätigkeiten massgeblich zu reduzieren. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, dass die sozialdemokratische «Volksstimme» rückblickend nicht nur Komplimente an die Arbeiterseite verteilte, sondern mit Verweis auf den ruhigen Charakter der Ereignisse sogar Polizei und Militär ausdrücklich lobte: «Während der Versammlung vor dem Vereinshaus [...] kam ein Militärfuhrwerk, besetzt von einem Wachtmeister und zwei Soldaten, aber keine Winkelriedrolle mussten sie verrichten, um mit Speer und Bajonetten sich eine Gasse zu bahnen – nein, o nein – sondern einige Worte vom Redner genügten und sogar unter landesüblicher Begrüssung passierte das Fuhrwerk durch die ungezählte Menge [...] Die St. Galler Polizei wie unsere Soldaten benahmen sich mann- und musterhaft und wo es galt, einzuschreiten, geschah es mit Überlegung und Takt»⁵⁹.

Rorschach und Rapperswil

Auf durchaus fruchtbaren Boden fiel die Generalstreikparole neben St. Gallen auch in der Industrie- und Arbeiterstadt Rorschach. Beleg dafür bildet unter anderem die Tatsache, dass das Bezirksamt Rorschach im Januar 1919 der Staatsanwaltschaft St. Gallen über die «heissen» Novembertage einen fast fünfzigseitigen Bericht abliefern, anhand dessen sich die damaligen Geschehnisse zu einem schönen Teil rekonstruieren lassen.⁶⁰ Danach gingen bereits am Dienstagmorgen, 12. November 1918, streikende Arbeiter in Scharen auf die Strasse und bildeten nach einer ersten Versammlung einen Demonstrationzug, der ca. 700 Personen zählte. Dieser zog in der Folge von Betrieb zu Betrieb, um die Arbeitgeber zur Schliessung der Geschäfte bzw. zur Einstellung der Produktion zu bewegen. Allein schon durch seine Grösse vermochte der Demonstrationzug eine beträchtliche Wirkung zu erzielen. Zudem verstanden es seine Anführer – unter anderen der Advokat und SP-Kantonsrat Johannes Huber sowie Arbeiterunionspräsident Johann Högger – auf diverse Unternehmer offensichtlich wirksamen Druck auszuüben, indem sie sagten, man könne nicht garantieren, dass es,



Karikatur zum Generalstreik 1918. Die im Klosterhof angetretenen, vor Helvetia singenden Soldaten wirken wie Figuren, jeder einzeln ähnlich dem tapferen Zinnsoldat des bekannten Märchens. In die Zeichnung mischt sich offenbar auch Ironie. Quelle: St. Galler Schreibmappe für das Jahr 1919, St. Gallen 1918, zwischen den Seiten 28 und 29.

falls weitergearbeitet werde, nicht zu Gewalttätigkeiten oder Ausschreitungen kommen könne.⁶¹ Auf diese Weise gelang es, in der Feldmühle, Rorschachs bedeutendstem Industriebetrieb, die Schliessung auf Dienstagmittag zu erreichen; das bestimmte Auftreten der demonstrierenden Arbeiter führte aber auch in anderen Betrieben, so etwa dem Stickereigeschäft Zürn & Cie. und der Handschuhfabrik Wyler, zum Erfolg.

Am Mittwoch formierte sich wiederum ein Demonstrationzug, der nun sogar über Rorschachs Gemeindegrenzen hinaus nach Goldach vorstieß und dort ebenfalls verschiedene Betriebsschliessungen bewirken konnte, so im Holzgeschäft Gebrüder Stürm und im Stickereibetrieb Union, während etwa die Marmorsäge Schmid & Zuber trotz «Besuchs» des Demonstrationzugs ihren Betrieb weiterführte.

Stark von der Streikbewegung betroffen wurde in Rorschach auch der Eisenbahnverkehr. So fuhren am 12. November keine Züge, und erst tags darauf konnte unter militärischer Bedeckung ein reduzierter Bahnbetrieb aufgenommen werden.⁶² Zu ganz besonderen und später sogar im Kantonsparlament besprochenen Vorfällen kam es aber im Bereich der Rorschacher Presse.⁶³ Während der Verlag des freisinnigen «Ostschweizerischen Tagblattes» in Anbetracht der Lage den Betrieb am Dienstag einstellte, zeigte sich J. M. Cavelti, Verleger der konservativen «Rorschacher Zeitung», trotz entsprechender Aufforderung durch die Streikleitung und obwohl der 700-köpfige Demonstrationzug am Dienstagmorgen vor seinem Geschäft erschien, nicht gewillt, auf die Herausgabe seines Blattes zu verzichten. Da sich die Streikenden entschlossen zeigten, die Auslieferung der Zeitung zu verhindern, wandte er einen Trick an und beauftragte den 15-jährigen

Ausläufer Ernst Walser, die in einen Sack verpackten Zeitungen zur Post zu bringen. Der Bursche wurde aber sofort von einer Gruppe Streikender verfolgt, die ihm nach einem Gerangel den Sack entrissen und in den Innenhof der Druckerei warfen. Nun versuchte es Cavelti höchstpersönlich und machte sich zusammen mit einem Setzerlehrling auf den Weg zur Post. Schon nach wenigen Metern wurden sie aber von Streikenden umringt, worauf Cavelti, um eine Kraftprobe zu verhindern, unter Protest klein beigab.

Neben Rorschach und St. Gallen gab es im Kanton noch einen dritten Ort, wo der Generalstreik recht hohe Wellen warf, nämlich Rapperswil. Die Ersten, die dort in den Ausstand traten, waren die Eisenbahner, so dass der Zugverkehr von und nach Rapperswil zwischen Montagmorgen und Donnerstagabend praktisch vollständig ausfiel.⁶⁴ Daneben mussten aber offensichtlich auch zahlreiche Produktionsunternehmen und Geschäfte ihren Betrieb einstellen,⁶⁵ wobei vereinzelte bürgerliche Stimmen den Vorwurf erhoben, Delegationen der versammelten Strei-

⁶¹ Ebd., S. 8.

⁶² Rorschacher Chronik 1914–1918, in: Rorschacher Neujahrsblatt 1919, Rorschach 1920, S. 65; Volksstimme, 15.11.1918; St. Galler Tagblatt, 19.11.1918.

⁶³ Bericht des Bezirksamtes Rorschach (wie Anm. 60), S. 30–38; St. Galler Tagblatt, 19.11.1918; Verhandlungen des St. Gallischen Grossen Rates an der Novembersession 1918 über die Interpellation Dr. Guntli betreffend den Landes-Generalstreik, hg. von der Staatskanzlei des Kantons St. Gallen, St. Gallen 1919, S. 30–34 (Votum von Kantonsrat Ernst Loepfe-Benz, FDP, Rorschach).

⁶⁴ Volksstimme, 20.11.1918; Rapperswiler Nachrichten, 13.11.1918; Wochenblatt vom Seebezirk und Gaster, 15.11.1918.

⁶⁵ Volksstimme, 20.11.1918; Rapperswiler Nachrichten, 16.11.1918.



Das Oltener Komitee bemühte sich bei Streikbeginn auch um die Lahmlegung der Transportmittel. Zwischen den grossen Städten fuhren nur wenige Züge unter militärischer Bewachung. Eidgenössische Militärbibliothek, Bern. Quelle: Gautschi: Landesstreik, zwischen den Seiten 304 und 305.

kenden hätten auf Unternehmensleitungen starken Druck ausgeübt und sie unter Gewaltandrohung zum Schliessen angehalten.⁶⁶ Die «Rapperswiler Nachrichten», welche die landesweite Arbeitsniederlegung ebenfalls klar ablehnten, bestätigten solche Vorkommnisse allerdings nicht und vermerkten nach dem Streikabbruch lediglich, die kritischen Tage seien in Rapperswil ruhig und ohne Ausschreitungen vorüber gegangen.⁶⁷

Bei einer genaueren Betrachtung fällt aber auf, dass in Rapperswil zwischen Montag und Donnerstag täglich Streikversammlungen stattfanden, an denen sich – wie auch die bürgerliche Presse vermerkte – offensichtlich

sehr viele Arbeiter beteiligten. So strömten etwa am Dienstag, den 12. November, laut den «Rapperswiler Nachrichten» auch streikende Arbeiter aus Rüti (Kanton Zürich) «in grosser Zahl» – in der «Volksstimme» ist gar von 2000 die Rede – in die Hauptstadt des Seebezirks, um sich mit der dortigen Bewegung zu solidarisieren, so dass schliesslich eine Versammlung von bis zu 4000 Personen zustande kam.⁶⁸ Hauptredner war wie schon am Montag der Zugführer, SP-Stadt- und Kantonsrat Wilhelm Bürgler, der als eigentlicher Anführer der Rapperswiler Streikbewegung zu bezeichnen ist und der vor allem von freisinniger Seite wiederholt scharf attackiert wurde, unter anderem, weil er Eisenbahner und andere Arbeiter dazu aufgefordert habe, militärischen Aufgeboten keine Folge zu leisten und «Tornister und Gewehr ruhig im Kasten zu lassen».⁶⁹

Sargans, Uzwil, Wil

Im übrigen Kantonsgebiet traten nur kleinere Teile der Werkstätigen – vor allem Eisenbahner – in den Ausstand. So wurde etwa – wenigstens von Teilen des dortigen Personals – der Bahnhof Wil bestreikt.⁷⁰ Zwischen Rorschach und Chur verkehrten praktisch keine Züge, und auch in Sargans fokussierte sich der Ausstand auf den Bahnhof,

66 Landesstreik-Debatte des Grossen Rates (wie Anm. 63), S. 17 (Votum von Kantonsrat Alphons Gmür, FDP, Rapperswil); Wochenblatt vom Seebezirk und Gaster, 12.11.1918.

67 Rapperswiler Nachrichten, 16.11.1918.

68 Ebd.; Volksstimme, 13.11.1918 und 20.11.1918; Landesstreik-Debatte des St. Gallischen Grossen Rates (wie Anm. 63), S. 17 (Votum von Kantonsrat Alphons Gmür, FDP, Rapperswil).

69 St. Galler Tagblatt, 18.11.1918. Vgl. auch Wochenblatt vom Seebezirk und Gaster, 15.11.1918; Landesstreik-Debatte des Grossen Rates (wie Anm. 63), S. 16–18 (Votum von Kantonsrat Alphons Gmür, FDP, Rapperswil); St. Galler Volksblatt, 18.11.1918.

70 Volksstimme, 26.11.1918; Wiler Zeitung, 16.11.1918.

dessen Personal – einige Dutzend Eisenbahner – mehrheitlich die Arbeit niederlegte und der militärisch besetzt wurde. In Sargans wurden wie andernorts streikende Bahnarbeiter vorübergehend inhaftiert.⁷¹

Einen bemerkenswerten Verlauf nahmen die Landesstreiktage in Uzwil. Dort lehnte nämlich am Montag, den 11. November, sogar eine Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterunion eine Beteiligung am Streik ab, worauf am folgenden Morgen eine Urabstimmung in den Maschinenfabriken Benninger und Bühler das gleiche Ergebnis brachte. Erst am Dienstagmittag beschloss eine erneut von der lokalen Arbeiterunion einberufene und von rund 600 Arbeitern besuchte Versammlung, die Streikparole herauszugeben. Daraufhin traten in den Unternehmen Benninger und Bühler einige hundert Werk-tätige in den Ausstand, der Betrieb wurde aber in beiden Firmen mit Teilen der Belegschaft weitergeführt.⁷² Sowohl der späte Streikbeginn als auch der Umstand, dass in jedem Fall nur ein Teil der über 800 Werk-tätigen, die in der dem SGB angeschlossenen Metallarbeitersektion Uzwil organisiert waren, in den Ausstand traten, illustrieren, wie umstritten die Generalstreikparole teils auch auf sozialdemokratischer Seite war.⁷³

Gewaltloses Streikende

Über den Streikabbruch auch im Kanton St. Gallen freuten sich, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, wie überall vor allem die bürgerlichen Kreise. So verabschiedeten etwa die Stadtbehörden St. Gallens die stationierten Truppen mit Bratwurst und Wein, ausserdem ergab eine private Sammelaktion 160 000 Franken für einen Ehrensold. In Mels stimmte eine von rund 600 Personen besuchte Versammlung einer Resolution zu, die den Landesstreik scharf verurteilte, weil er «unbegründet und durchaus mutwillig vom Zaun gebrochen» worden sei.⁷⁴

Mit einer imposanten Kundgebung verlief das Ende des Generalstreiks in Rorschach. Nachdem noch am Donnerstagmorgen der Beschluss des Oltener Aktionskomitees, den Landesstreik bedingungslos abubrechen, von vielen Arbeitern nur ungläubig und widerwillig zur Kenntnis genommen worden war, versammelte sich am Nachmittag auf dem Postplatz eine beträchtliche Menschenmenge von rund 2000 Personen zu einer Versammlung, an der auch viele Arboner Werk-tätige teilnahmen und an der Johannes Huber das Ende des Streiks bekanntgab.⁷⁵ Anschliessend unternahm die Menge noch einen geordneten und gewaltlosen letzten Zug durch die Stadt und löste sich dann auf. Für acht Männer hatte der Streik allerdings noch ein juristisches Nachspiel. Sie wurden wegen Nötigung vor dem Bezirksgericht angeklagt, das vier von ihnen im Mai 1919 zu einer Busse von je 30 Franken verurteilte.⁷⁶

In Rapperswil war es schliesslich ausgerechnet der – wie oben dargestellt – vor allem von freisinniger Seite heftig attackierte Wilhelm Bürgler, der für ein geregeltes Streikende sorgte. Im Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees wurde er nämlich im Frühling 1919 als Zeuge einvernommen und wies unter anderem darauf hin, die Rapperswiler Eisenbahner hätten die Meldungen vom Streikende, die am Donnerstag, den 14. November, nach und nach eingetroffen seien, schlicht nicht geglaubt und seien fest entschlossen gewesen, den Ausstand weiterzuführen. Daraufhin habe er selber nach Bern telefoniert und das Ende der Aktion bestätigt bekommen. Auf die Frage des Auditors nach den Gründen für den Streikabbruch in Rapperswil meinte Bürgler wörtlich: «Weil man uns vom Aktionskomitee aus beschworen hat, wir sollen, um Blutvergiessen zu verhüten, [...] Disziplin halten wie bis jetzt, und wir haben Disziplin gehalten.»⁷⁷

71 Protokoll der Sozialdemokratischen Partei des Bezirks Sargans, in: 80 Jahre Generalstreik 1918–1998, hg. Vom Kantonalen Gewerkschaftsbund St. Gallen, St. Gallen 1998, S. 27–30.

72 Zum Streikverlauf in Uzwil vgl. Christlicher Metallarbeiterverband der Schweiz: Register der wichtigsten Namen, Daten und Ereignisse in der Verbandsentwicklung 1905–1919, CMV-Archiv, Winterthur, S. 147 f.; Der Fürstenländer, 15.11.1918; Die Ostschweiz, 19.11.1918; Chronik 1918, in: Neujahrsblatt des Historischen Vereins des Kantons St. Gallen 1919, S. 95.

73 Die «freie» Metallarbeitersektion Uzwil zählte Anfang 1918 931 und Ende 1918 819 Mitglieder. Vgl. Die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahre 1917. Beilage zu: Gewerkschaftliche Rundschau, 1918, Nr. 12, S. 25; Die Gewerkschaftsverbände der Schweiz im Jahre 1918. Beilage zu: Gewerkschaftliche Rundschau, 1919, Nr. 12, S. 27.

74 St. Galler Tagblatt, 18.11.1918; Die Ostschweiz, 19.11.1918.

75 Volksstimme, 15.11.1918; Landesstreik-Debatte des Grossen Rates, S. 32 (Votum von Kantonsrat Ernst Loepfe-Benz, FDP, Rorschach).

76 Spruchbuch des Bezirksgerichtes Rorschach, 8.5.1919.

77 Der Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees, Stenogramm der Verhandlungen, Bd. 2, Bern 1919, S. 640 f.